

1 *Antragssteller\*in: Jusos Pankow*

2 *Der erweiterte Landesvorstand der Jusos Berlin möge beschließen:*

### 3 **Die Würde des Menschen ist unantastbar**

4

5 Mit großer Sorge betrachten wir die aktuellen Pläne der von der SPD getragenen Großen  
6 Koalition im Bund, die in weiten Teilen unseren Ansprüchen und Beschlüssen sowie denen  
7 der SPD an eine menschenwürdige Asyl- und Geflüchtetenpolitik widersprechen. Die  
8 „Asylkompromisse“ von 2015 verurteilen wir genauso wie den „Asylkompromiss“ von  
9 1992/1993. Wir haben uns klar dagegen positioniert. Zu den in der Großen Koalition auf  
10 Bundesebene diskutierten und die Menschenwürde angreifenden Positionen zählen unter  
11 anderem:

12

- 13 • Die Ausweitung der Kategorie „sichere Herkunftsstaaten“, obwohl in diesen Ländern  
14 den Geflüchteten systematische Diskriminierung und Lebensgefahr drohen.
- 15 • Der Rückfall auf Sach- statt Geldleistungen, der das Urteil des  
16 Bundesverfassungsgerichts ignoriert.
- 17 • Die Ausweitung der Möglichkeit einer Abschiebehaft auf de facto alle Geflüchteten  
18 und die verschärften Abschieberegelungen.
- 19 • Die teilweise Wiedereinführung der Residenzpflicht und der verlängerten  
20 Zwangsunterbringung.
- 21 • Die Einführung von rechtsfreien Räumen zur Abwehr Geflüchteter (wie gesonderte  
22 Erstunterbringungseinrichtungen mit Schnellverfahren oder "Transitzonen").
- 23 • Militärische Partner\*innenschaften zur Geflüchtetenabwehr  
24 ("Schlepperbekämpfung") und die unverhältnismäßige Kriminalisierung von  
25 Fluchthelfer\*innen.
- 26 • Überlegungen zur Begrenzung der aufzunehmenden Anzahl an Geflüchteten, die dem  
27 individuellen Recht auf Asyl widersprechen.
- 28 • Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um den Geflüchteten den Weg zu  
29 erschweren.

30

31 Jeder einzelne Punkt bedeutet einen weiteren substanziellen Einschnitt in das ohnehin schon  
32 stark eingeschränkte deutsche Asylrecht. Dies lehnen wir ab. Wir fordern die Berliner  
33 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf, derartige Maßnahmen nicht mitzutragen und  
34 ihnen entgegenzuwirken. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats fordern  
35 wir auf, einem „Asylkompromiss“, der die oben genannten Maßnahmen ganz oder teilweise  
36 umfasst, im Bundesrat nicht zuzustimmen.

37

38 Wir Jusos treten ein für

39

- 40 • sichere Fluchtrouten,
- 41 • finanzielle, technische und personelle Unterstützung der Hilfsinitiativen und  
42 -organisationen in den Krisenregionen
- 43 • eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen,
- 44 • eine Neuaufstellung der deutschen Außen-, Wirtschafts- und Umweltpolitik, so dass  
45 Fluchtursachen gar nicht erst erzeugt werden,
- 46 • eine koordinierte menschenwürdige europäische Geflüchtetenpolitik,

47 • eine schnelle und gute Integration der Geflüchteten in unsere Gesellschaft. Zentral  
48 sind dabei für uns eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen nach der  
49 Registrierung, der Wegfall der Vorrangprüfung bei der Arbeitsvermittlung und die  
50 konsequente vorschulische und schulische Bildung sowie ein unkomplizierter Zugang  
51 für Geflüchtete zur Ausbildung und zu den Hochschulen.  
52

53 Wir verwehren uns dagegen, den Zuzug von Zuflucht suchenden Menschen als Bedrohung zu  
54 stigmatisieren. Im Gegenteil, gerade wenn die Integration der Geflüchteten in unsere  
55 Gesellschaft gelingt, ist das eine große Bereicherung. Eine schnelle und gute Integration  
56 kostet aber Geld, das endlich in die Hand genommen werden muss. Denn für uns steht die  
57 Menschenwürde höher als ein „ausgeglichener“ Haushalt: Alle erforderlichen Maßnahmen  
58 zur Integration der Geflüchteten müssen ohne Rücksicht auf Schäubles heilige Kuh  
59 „Schwarze Null“, den einzigen „Erfolg“ der CDU in der großen Koalition, angegangen und  
60 umgesetzt werden.  
61

62 Wir fordern alle Mitglieder der SPD Berlin auf, sich diesen Positionen anzuschließen und sie  
63 offensiv zu vertreten. Denn für diese Positionen möchten wir gemeinsam mit der SPD bei  
64 den Menschen werben.